

Niederschrift

über die 16. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Donnerstag, dem **20.08.2009**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 19.05.2009**
- 4. Berücksichtigung kalkulatorischer Kosten in kostenrechnenden Einrichtungen
Vorlage: 124/2009**
- 5. Ergebnis der Jahresrechnung 2008
Vorlage: 127/2009**
- 6. Aktuelle finanzielle Situation und Ausblick auf 2010
Vorlage: 128/2009**
- 7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Erich Janßen
Ratsfrau Christel Bohlen
Ratsherr Dieter Günther
Ratsherr Olaf Lies (MdL)
Ratsherr Andreas Schindler

Vertreter/in

Beigeordneter Frank David	Vertretung für Herrn Ratsherr Holger Mehrle
Ratsfrau Manuela Mohr	Vertretung für Herrn Ratsherr Engelbert Wulfert (fehlt entschuldigt)

Zuhörer/in

Ratsherr Jörg Beutz
Beigeordneter Wilfried Davids
Beigeordneter Folkert Feeken
Ratsfrau Renate Herde
Ratsherr Hermann Kleemann

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann	
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke	
Verwaltungsfachangestellte Regina Weger	als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Janßen, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift vom 19.05.2009**

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Berücksichtigung kalkulatorischer Kosten in kostenrechnenden Einrichtungen**
Vorlage: 124/2009

Der Bürgermeister berichtete, dass die vor dem Verwaltungsgericht anhängigen Klagen gegen die Kanalbenutzungsgebühr 2006 – 2009 jetzt vor der Entscheidung stehen.

Die Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen sind anders zu berechnen als bisher, die Auswirkungen für den Einzelnen sind jedoch geringer als von den Klägern erwartet.

Der Bürgermeister wies daraufhin, dass er die Anschuldigungen in der Presse gegen ihn bzw. gegen die Verwaltung mit Nachdruck zurückweist.

Von der Verwaltung wurde dann anhand einer Power-Point-Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, die Berücksichtigung kalkulatorischer Kosten in kostenrechnenden Einrichtungen erläutert.

Der Fehler bei der bisherigen Kalkulation lag demnach bei der Ermittlung der Verzinsungsbasis. Eine Umstellung ist hier erforderlich.

Die fehlerhafte Berechnung für das Jahr 2008 wird im Jahr 2010 ausgeglichen, die Berechnung für die Gebühren für das Jahr 2009 in 2011.

Bei einer Erstattung für die Jahre 2004 – 2007 handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Gemeinde.

Ein Ausschussmitglied wies darauf hin, dass es bisher keine eindeutige Regelung für die Berechnung gab und daher auch keine eindeutige Rechtsprechung. Außerdem wurden die Gebührenkalkulationen nicht vom Rechnungsprüfungsamt beanstandet.

Das Ausschussmitglied der SPD teilte mit, dass die Fraktion im Jahr 2007 die Zusage gemacht hatte, bei den Beratungen für das Jahr 2008, im Falle einer Änderung der Berechnung eine Erstattung allen Bürgern zugute kommen zu lassen.

Es wurde beantragt diesen Tagesordnungspunkt zunächst in den Fraktionen zu beraten und in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses darüber zu beschließen.

Das Ausschussmitglied der Gruppe FDP/Bündnis 90-Die Grünen teilte mit, dass es bereits im Jahr 2006 Gespräche mit der Kommunalaufsicht gegeben hatte und der Gemeinde Kompromisse für die Gebührenberechnung vorgeschlagen wurde.

Seiner Meinung nach fehlte zu dieser Zeit die Zustimmung der Gemeinde Sande zur Umstellung der Berechnung, was dazu führte, dass geklagt werden musste.

Das Ausschussmitglied führte weiter aus, dass das zuviel gezahlte Geld den Bürgern zurückgezahlt werden müsse und bemängelte, dass für eine eventuelle Erstattung keine Rücklage gebildet wurde. Um die Erstattungen nicht durch Steuererhöhungen finanzieren zu müssen, müssten Einsparungen vorgenommen werden.

Zu den Gesprächen mit der Kommunalaufsicht entgegnete die Verwaltung, dass zwar mit der Kommunalaufsicht Gespräche stattgefunden haben, in denen Möglichkeiten alternativer Berechnungsmodelle dargelegt wurden. Die Gemeinde einigte sich dann mit der Kommunalaufsicht dahingehend, die Umstellung der Berechnungsverfahren anzuordnen. Dem kamen jedoch die Klagen zuvor und der Landkreis wollte nicht mehr in ein schwebendes Klageverfahren eingreifen.

Das Warten auf den Ausgang des Verfahrens war auch vorteilhaft, weil der Aspekt der Guthabenverzinsung sonst nicht berücksichtigt worden wäre.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion sprach sich auch dafür aus, dass die Bürger ihr Geld zurückbekommen.

Verschiedene Ausschussmitglieder äußerten sich zu den Artikeln in der Presse zu diesem Thema und wiesen darauf hin, dass nicht alles der Wahrheit entspricht.

Dem Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zunächst in den Fraktionen zu beraten und im nächsten Verwaltungsausschuss zu beschließen, wurde stattgegeben.

Beschlussvorschlag:

Der vorgeschlagenen Verfahrensweise wird zugestimmt.

5. Ergebnis der Jahresrechnung 2008
Vorlage: 127/2009

Von der Verwaltung wurde dem Ausschuss das Ergebnis der Jahresrechnung 2008 vorgestellt.

Im Ergebnis ist die Jahresrechnung ausgeglichen. Der Fehlbetrag aus dem Jahr 2007 konnte abgedeckt werden, außerdem wurde der Rücklage ein Betrag in Höhe von 1.194.325,66 € zugeführt. Der Schuldenstand am 31.12.2008 betrug 4.560.196,96 €

6. **Aktuelle finanzielle Situation und Ausblick auf 2010**
Vorlage: 128/2009

Die Verwaltung legte die aktuelle finanzielle Situation 2009 dar und gab einen Ausblick auf das Jahr 2010.

Im laufenden Haushaltsjahr gibt es noch keine größeren finanziellen Probleme. Für das Jahr 2010 bleibt festzuhalten, dass die Schlüsselzuweisungen voraussichtlich ganz ausbleiben werden und der Gemeinde erstmals die Zahlung einer Finanzausgleichsumlage droht. Erschwerend kommt im Jahr 2010 die Gebührenkorrektur aus dem Jahr 2008 hinzu.

Es wurde gefragt, ob sich die regionalen Daten in der Vergangenheit von den Orientierungsdaten unterscheiden haben. Das ist der Verwaltung nicht bekannt.

Ein Ausschussmitglied zeigte sich erfreut darüber, dass der Wirtschaftseinbruch sich in 2009 noch nicht bemerkbar macht, wies aber darauf hin, dass es die Gemeinde Sande durch den Einbruch der Schlüsselzuweisungen und die Zahlung der Finanzausgleichsumlage doppelt trifft.

7. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- - -

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiter beraten.

Schluss der Sitzung: 17:45 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin